

Thörmer, H. & Einemann, E. (2007) *Aufstieg und Krise der Generation Schröder. Einblicke aus vier Jahrzehnten*. Marburg: Schüren. S. 89-93.

## 2. Der Streit der „Enkel“: Die Mitgliederbefragung 1993<sup>1</sup>

### 2.1. Die politischen Rahmenbedingungen 1993

Im Frühsommer 1993 befand sich die SPD in einer unangenehm schwierigen Situation. Nach der verlorenen Bundestagswahl 1990 hatte Kanzlerkandidat Lafontaine angeblich keine rechte Meinung zur Übernahme des Parteivorsitzes; die Suche nach einem Nachfolger von Hans-Jochen Vogel endete nach einem quälenden Prozess Anfang 1991 mit der Inthronisierung von Björn Engholm, der in das Amt des Parteivorsitzenden eher gedrängt werden musste als dass er sich selbst gedrängt hätte. Nach einer kurzen Zeit des mit viel Enthusiasmus gestarteten ersten Vertreters der so genannten *Enkelgeneration* an der Spitze der Partei erklärte Engholm schon im Mai 1993 den Rücktritt von seinen Ämtern, weil er in einem Untersuchungsausschuss des Kieler Landtags nicht die Wahrheit gesagt hatte. Johannes Rau wurde kommissarischer Vorsitzender der SPD und hatte damit eine besondere Verantwortung für die Gestaltung des Übergangs des Parteivorsitzes auf eine neue Person – an einer Wiederholung der *Quälnummer* von 1991 konnte niemand ein Interesse haben.

Die Personalsituation der SPD war Anfang 1993 keineswegs schlecht. Geworben wurde mit der „*schmucken Riege unserer Ministerpräsidenten*“. Neben Engholm (Rücktritt) und Rau (Generation, Ambition) kam zu diesem Zeitpunkt allerdings wohl auch der stellvertretende Vorsitzende Lafontaine für den Parteivorsitz nicht in Frage. Falls Lafontaine überhaupt motiviert gewesen sein sollte, wird er wahrscheinlich den Eindruck gehabt haben, dass ihm weder seine Zurückhaltung 1990/91 noch seine gerade wieder in Vergessenheit geratenen Probleme im Saarland nützlich sein würden. Die Medien berichteten von einem „*krassen Fall von Selbstbedienung im Saarland*“, bei dem es zunächst „*nur*“ um die Versorgung von Politikern und später um zweifelhafte Bezüge des Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine selber ging. Laut SPIEGEL hatte Lafontaine nach seinem Ausscheiden als Saarbrücker

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel stützt sich im Wesentlichen auf die Berichterstattung des SPIEGEL von 1992 (Hefte 20,21,25, 39) und 1993 (Hefte 20, 21,23,25)

Oberbürgermeister Versorgungsansprüche und bekam „*dubiose Ausgleichszahlungen, die seine Bezüge im Laufe der Zeit um mehr als 200.000 Mark vermehrt haben*“ (SPIEGEL vom 15.6.1992). Die ZEIT vermutete Mitte 1992: Der SPD-Vize „*scheidet bis auf weiteres als eine der großen sozialdemokratischen Möglichkeiten aus*“ (SPIEGEL vom 15.6.1992). Vermutet wurde allerdings, dass sich Oskar Lafontaine nach einer Spende in Höhe der möglicherweise zu Unrecht erhaltenen Zahlungen und einer gewissen Zeit für das Vergessen der *Pensionsaffaire* die Option auf eine erneute Kandidatur gegen Kohl offen halten wollte.

Von den im SPD-Präsidium verankerten Ministerpräsidenten blieb nur noch Gerhard Schröder. Der hatte sich in den Medien mit großer Freude gegen die *Bonner* Führung und Positionen der Parteiführung profiliert: Mal eher von rechts (Wirtschaftsfragen), mal eher von links (Asylrecht). Dennoch hatte er nicht zuletzt aufgrund seiner Juso-Biographie und seines Wahlerfolgs in Niedersachsen starken Rückhalt in der Partei. Ebenfalls im Präsidium war Heidemarie Wieczorek-Zeul, ehemalige Juso-Bundesvorsitzende schon vier Jahre (1984) vor Gerhard Schröder. Rudolf Scharping, der es bei den Jusos immerhin zum Beisitzer im Bundesvorstand gebracht hatte, war zwar als junger Ministerpräsident ein Star in Rheinland-Pfalz, konnte sich bei seiner Kandidatur für das SPD-Präsidium im Vorstand allerdings nicht einmal gegen Christoph Zöpel aus Nordrhein-Westfalen durchsetzen. Schröder, Wieczorek-Zeul und Scharping hatten Ambitionen auf den SPD-Vorsitz – Schröder in Verbindung mit der Kanzlerkandidatur, die beiden anderen ohne ein erklärtes Junktim. An einer Entscheidung für Schröder hatte Oskar Lafontaine kein Interesse. Am 11. Mai 1993 erklärte er im Parteivorstand, eine Person alleine könne den Machtwechsel nicht schaffen, es komme auf die richtige Personenkoalition an - und die werde er nicht mit Gerhard Schröder bilden: „*Lafontaine sagte, er werde Schröder nicht unterstützen*“ (FAZ vom 12.5.1993). Der SPIEGEL berichtete gar von einer „*fulminanten Attacke auf Schröder*“ (17.5.1993) – Lafontaine nehme Schröder übel, dass dieser mit der SPD „*va banque*“ spielen wolle, weil er nach einer möglichen Wahlschlappe in Niedersachsen 1994 als Kanzlerkandidat verbrannt sein könnte. Wenn die Berichte zutreffen, kann es sich hier um eine Schlüsselszene für das Verständnis des späteren temporären Zweckbündnisses der beiden *Parteifreunde* handeln: Schröders Weg zur Kanzlerkandidatur wurde 1998 erst nach seinem

überzeugenden Wahlsieg in Niedersachsen unter einem Parteivorsitzenden Lafontaine möglich, dessen persönliche Zuneigung zu Schröder wahrscheinlich nicht zugenommen haben dürfte.

Der immer ausgezeichnet informierte Redakteur Günter Bannas von der FAZ (12.5.1993) konnte sehr detailliert von der nicht öffentlichen langen Debatte (7 Stunden!) über das Verfahren zur Auswahl des Parteivorsitzenden im Parteivorstand der SPD am 11.Mai 1993 berichten – mit Statements von Personen und wörtlichen Zitaten. Viele wichtige Personen hatten sich gegen eine Urwahl durch die Mitglieder ausgesprochen: Oskar Lafontaine, Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing, NRW-Fraktionsvorsitzender Friedhelm Farthmann, der Linke Peter von Oertzen; Franz Müntefering war für eine Wahlmänner-Entscheidung. Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel waren für eine Mitgliederbefragung. *„In der SPD-Führung wurde darauf hingewiesen, aus dem Debattenverlauf sei zu erkennen, dass eine Mitgliederbefragung abgelehnt worden sei“* (FAZ vom 12.5.1993). Schröder hielt die Idee einer Mitgliederbefragung für eine *„Strategie, meine Kandidatur zu verhindern“*. In der FAZ wird Gerhard Schröder wörtlich zitiert: Die Urwahl sei nicht von ihm, sondern *„von Leuten ins Gespräch gebracht worden, die sich von plebiszitären Elementen sonst nichts versprechen“*.

Das hatte sich vor allem an den kommissarischen Parteivorsitzenden Johannes Rau gerichtet, der die Befragung aller Mitglieder zur Auswahl des neuen Parteivorsitzenden gegen alle Skeptiker und Widersacher durchgesetzt hat. Ausgerechnet der Chef der SPD-Traditionalisten aus Nordrhein-Westfalen (wohl wesentlich unterstützt von Wolfgang Clement, damals Chef der NRW-Staatskanzlei) setzte die wohl größte Organisations-Innovation aller Zeiten durch und entmachtete die Funktionäre! Es darf gerätselt werden, ob dieses Manöver nur der Vermeidung von Instabilitäten in der Partei oder auch der Verhinderung von Gerhard Schröder dienen sollte, dem man auf einem über die Person entscheidenden Bundesparteitag die allerbesten Chancen unterstellte. Nach Äußerungen von Rau-Intimus und Umweltminister Klaus Matthiesen wurde vermutet, dass das Machtzentrum in Nordrhein-Westfalen durchaus auch an einer Konstellation von Scharping als Parteivorsitzendem und Lafontaine als Kanzlerkandidat gefallen finden könnte. Berichte über eine *Kungelrunde* in der saarländischen Landesvertretung unter Beteiligung von Lafontaine, Scharping, Matthiesen und anderen untermauerten

diese Einschätzung. Die späteren Ergebnisse der Mitgliederbefragung zeigen, dass sich Rudolf Scharping sowohl im Nordrhein-Westfalen des Johannes Rau als auch im Saarland des Oskar Lafontaine über besonders viele Stimmen freuen konnte. Anscheinend hatten sich sowohl Rau/NRW (größerer eigener Einfluss) als auch Lafontaine (Option auf eigene Kanzlerkandidatur) massiv für Scharping eingesetzt.

## *2.2. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung*

Der Beschluss, an einem Sonntag (13. Juni 1993) einen *Tag der Ortsvereine* auszurufen und den Mitgliedern der SPD die Gelegenheit zur Abgabe eines Votums für den Parteivorsitz zu geben, war durchaus von Befürchtungen um eine geringe Beteiligung (und damit eine geringe Legitimationskraft) begleitet. Der Wert der Urabstimmung war durch die Selbstbindung der Kandidaten wesentlich erhöht: alle wollten sich an das Votum der Mitglieder halten und nicht auf einem Parteitag gegen den Sieger antreten (ein Fehler im Drehbuch war allerdings, dass für das angesichts von drei Kandidaten wahrscheinliche Verfehlen der absoluten Mehrheit kein zweiter Wahlgang mit einer Stichwahl eingeplant wurde).

Der innerparteiliche Wahlkampf der drei Kandidaten hatte ein ungeahntes Presseecho, es wurde immer spannender, das Interesse an der Entscheidung war riesengroß. Die anfängliche Skepsis bei vielen wich der Erkenntnis: so viel Werbung hätten wir gar nicht bezahlen können! Und: Die Beteiligung der Mitglieder war überraschend hoch, die Ortsvereine hatten Zulauf wie nie zuvor. Von ca. 870.000 Mitgliedern hatten über 490.000 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die Wahlbeteiligung lag bei knapp 57%. Das Resultat des Experiments war eine Sensation.

Sieger der Mitgliederbefragung wurde Rudolf Scharping, der knapp 200.000 Stimmen bekam (ca. 40%) und Gerhard Schröder (gut 160.000 Stimmen, ca. 33%) sowie Heidemarie Wieczorek-Zeul (knapp 130.000 Stimmen, ca. 27%) hinter sich ließ. Dieses Resultat scheint in Deckung mit der Meinung in der Bevölkerung gewesen zu sein: eine Umfrage von EMNID für den SPIEGEL vom 24. und 25. Mai 1993 sah Scharping mit 30% vor Schröder (27%) und Wieczorek-Zeul (21%). Eine Erklärung für die Entscheidung liefert die nähere Betrachtung der Wahlergebnisse auf der Landes- bzw. Bezirksebene.

Gerhard Schröder gewann erwartungsgemäß in Niedersachsen klar (ca. 46.000 Stimmen, gut 68%) vor Wieczorek-Zeul und Scharping (jeweils ca. 11.000 Stimmen oder 16%). Scharping hatte in *seinem* Land Rheinland-Pfalz die Nase vorn und einen auffällig großen Vorsprung vor Schröder (von den ca. 46.000 Stimmen bekam Scharping gut 36.000 oder fast 79%, während Schröder mit knapp 4.000 Stimmen nur 8% erreichte; Wieczorek-Zeul kam mit ca. 6.000 Stimmen und 13% auf Platz 2). Klar ist, dass die Entscheidung in den mitgliederstarken Landesverbänden bzw. Bezirken gefallen ist; die z. B. weniger als 2.000 abgegebenen Stimmen in Mecklenburg-Vorpommern konnten auf nationaler Ebene keine Durchschlagskraft haben. Der Blick auf die *großen* Länder zeigt, dass die Entscheidung weder im Norden noch im Süden gefallen ist: in Schleswig-Holstein und Bayern lagen Scharping und Schröder eng beieinander (Scharping kam in Schleswig-Holstein ca. 32%, Schröder ca. 30%; in Bayern lagen beide mit ca. 37% gleich auf). Es bleiben: Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und das mitgliederstarke Saarland – und hier lag Scharping überall deutlich vor Schröder. In Baden-Württemberg bekam Scharping (kaum entscheidende) ca. 3.500 Stimmen mehr als Schröder und gewann mit ca. 39% gegenüber ca. 29%. In Nordrhein-Westfalen entfielen von den ca. 135.000 Stimmen (fast 28% der bundesweit abgegebenen Stimmen) ca. 52.000 auf Scharping (ca. 38,5%), ca. 42.500 auf Schröder (ca. 32%) und ca. 40.000 auf Wieczorek-Zeul (ca. 29,5%); das war absolut betrachtet ein Vorsprung von ca. 9.500 Stimmen für Scharping. In Hessen gewann Scharping in Wieczorek-Zeuls *Heimat* mit ca. 27.000 Stimmen (ca. 42%) vor Wieczorek-Zeul (ca. 21.000 Stimmen, 33%) und holte gegenüber Schröder (ca. 15.500 Stimmen, 24%) einen Vorsprung von ca. 11.500 Stimmen heraus. Dieser Vorsprung wird übertroffen vom mitgliederstarken Saarland, wo Scharping um ca. 12.500 Stimmen vor Schröder lag: Scharping kam auf nahezu 63% (ca. 15.500 Stimmen), Schröder nur auf ca. 12% (ca. 3.000 Stimmen) – hier hat Lafontaines Partei-Organisation im Sinne des Chefs funktioniert!

Die Betrachtung der Wahlergebnisse im Detail zeigt, dass Rudolf Scharping seinen Sieg vor allem in Saarland erreicht hat – aber auch im *Stammland* von Heidemarie Wieczorek-Zeul (vor allem im Bezirk Hessen-Nord) und in Nordrhein-Westfalen. In diesen 3 Ländern hat Scharping ca. 33.500 von seinen insgesamt ca. 35.000

Stimmen Vorsprung vor Schröder geholt. Die Unterstützung Scharpings durch Oskar Lafontaine und Johannes Rau hat Früchte getragen, insbesondere das Ergebnis aus dem Saarland ist sensationell (weil Scharping hier bundesweit mit über 12.000 Stimmen den absolut größten Vorsprung vor Schröder außerhalb von Rheinland-Pfalz hatte). Man kann sich vorstellen, dass die spätere Ankündigung Rudolf Scharpings, selber die Kanzlerkandidatur anzustreben, bei Oskar Lafontaine keine Begeisterung ausgelöst haben dürfte.